

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Krenzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zusstellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Krenzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmonde-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Insertate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 30. September d. J. den Ober-Realschullehrer, Dr. Johann Bizio, und den Med. Dr. Anton Bertl in Venedig, zu wirklichen Mitgliedern des Istituto Veneto di scienze, lettere ed arti zu ernennen und die zwei daselbst erledigten Pensionen den wirklichen Mitgliedern, Professor Dr. Buccia an der Universität zu Padua und Dr. Paziunti in Venedig, allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 30. September d. J. den Professor an der Wiener Handelsakademie, Simon Spitzer, zum außerordentlichen Professor der höheren Mathematik am f. f. polytechnischen Institute in Wien allergnädigst zu ernennen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 15. Oktober.

Nach einer Unterbrechung von drei Monaten hat das Herrenhaus wieder seine Sitzungen aufgenommen. Die letzte Sitzung war von hohem Interesse. Als charakteristisch ist hervorzuheben, daß der Hofkanzler von Siebenbürgen, Graf Nádasdy, auf der Ministerbank anwesend war. Die Regierung gibt damit zu erkennen, daß sie nunmehr Siebenbürgen als zu den in dem Reichsrath vertretenen Ländern gehörig betrachtet.

Freiherr v. Lerchenfeld ist in Wien angelkommen, wesentlich wie es scheint, um in der deutschen Reformangelegenheit persönliche Informationen zu gewinnen. Die deutsche Frage steht namentlich seit der letzten süddeutschen Auseinandersetzung wieder auf der Tagesordnung. Die Herren Berger, Brinz, Kuranda und Rechbauer haben nämlich Briefe zum Theil aus Württemberg, welche von Probst und von Schäffle herühren, zum Theil aus Leipzig von Wuttke erhalten, in welcher der Wunsch nach einer vertraulichen Vereinbarung zwischen Vertrauensmännern der zweiten Kammer ausgesprochen, und die genannten Herren zu einer solchen — etwa nach Nürnberg oder einer anderen festzustellenden Stadt — eingeladen wurden. In den Schreiben — es sind durchaus Einzelbeschreibungen — wird insbesondere darauf hingewiesen, daß man im westlichen Deutschland Kriegsbefürchtungen hege, und daß eine Forderung des deutschen Eingangsvertrages durch die drohende Lage dringend geboten sei. In einer am verflossenen Sonntag bei Dr. Berger abgehaltenen Beratung der genannten vier Reichsratsabgeordneten wurde beschlossen, der Einladung Folge zu leisten.

Ein Berliner Blatt läßt sich aus München schreiben, es sei von der Vorkonferenz kein Resultat zu erwarten, da Hannover und Kurhessen sich weitestgehend an derselben Theilzunehmen. Diese Nachricht entbehrt aller Begründung. Die Vertreter der genannten beiden Staaten unterzeichneten gleich allen übrigen Bevollmächtigten das Schlusprotokoll der Verhandlungen, mit deren Verlauf und Ergebnis die österreichische Regierung nun vollkommen zufrieden sein kann.

Über den Stand der Polenfrage stimmen die meisten Nachrichten darin überein, daß England und Frankreich vor der Hand keine Note nach St. Petersburg in dem Sinne der Tischrede zu Blairgowrie entsenden werden, da Österreich dem beizutreten sich entschieden weigert, die Westmächte aber auf dessen Mitwirkung großes Gewicht legen. Österreich will von den Westmächten nicht lassen, sich aber auch nicht so weit engagieren, daß es zu den Waffen greifen müßte. Es denkt vor Allem an sein Territorium

und muß vor Allem Garantien für seinen Bestand wünschen.

Nach einer Wiener Korrespondenz des „P. L.“ taucht das Gerücht wieder auf, daß in maßgebenden polnischen Kreisen in Wien davon die Rede ist, die Krone Polens einem österreichischen Erzherzog anzutragen. Wenn man etwas anbietet, was man noch nicht hat, so ist das zum mindesten komisch.

6. Sitzung des Herrenhauses

am 14. Oktober.

Beginn der Sitzung 11 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Vorsitzender: Präsident Fürst Karl Auersperg.

Auf der Ministerbank: Ihre Exzellenzen die Herren Minister Graf Rechberg, Ritter v. Schmerling, Freiherr v. Mecsey, Dr. Hein, ferner Graf Nádasdy.

Präsident macht die erfreuliche Mitteilung, daß Se. f. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Ludwig Viktor den Berathungen des Hauses beiwohnen. (Die Versammlung erhebt sich von ihren Sitzen.) Die neuernannten Mitglieder des Hauses, Freiherr v. Mecsey und Graf Nádasdy, legen das Gelöbnis ab.

Der Präsident ergiebt, wie folgt, das Wort:
„Ehe wir zur weiteren Tagesordnung übergehen, fühle ich mich veranlaßt, ein Ereigniß in Erinnerung zu bringen, welches die Mitglieder des h. Hauses unzweifelhaft mit lebhaftem Interesse gefolgt sind. Es ist dies der zu Frankfurt abgehaltene Kongress deutscher Fürsten. Die Einladung zu diesem Fürstantage hat die deutsche Frage in eben so würdevoller als sachgemäßer Weise zur Verhandlung gebracht. Die entsprechende Reform des Bundes wurde seinen erlauchten Mitgliedern anheimgegeben unter gleichzeitiger Anregung seiner politischen Ausbildung mit Rücksicht auf die geistige Entwicklung und Befähigung seiner Bevölkerung.

Und so war für eine vielseitigen Interessen zusagende Lösung der hohen Aufgabe des deutschen Bundes vorgedacht. Österreichs Adler hat einen kühnen Flug gethan und je höher er steigt, desto mehrerer Länder Wohlfaht fäßt er schützend in's Auge und erweitert er den Umkreis aufrichtiger Anhänger seiner Macht, und wie freudig der Doppelstaat in seinem Berufe, Freiheit und Brüderlichkeit zu schirmen, in Deutschlands Gauen begrüßt wurde, eben so lebhaft hat es im Kaiserstaate von Jurken stolzer Befriedigung wiedergeholt.

Forschend nach der Urheberschaft dieser für Österreich und in Österreich mächtig gehobenen Stimme finden wir dieselbe in der Person unseres erlauchten Monarchen. Das Vertrauen, mit dem Seiner hochherzigen, aufopferungsvollen Fürsorge für die Segnungen wahren Völkerglückes im Kaiserstaate gehuldigt wird, hat in den deutschen Landen eine zweite Heimat aufgeschlagen.

Dem edlen Sinne der kaiserlichen Politik, welche mit gleicher Bedacht die gewünschte Selbstständigkeit der einzelnen Theile, wie die einflussberechtigte Machtstellung des Ganzen zu pflegen gemeint ist, wurde von Fürsten und Völkern warme Anerkennung gezollt, und während der erhabenen Intentionen des mächtigen Bundesgenossen beispielhaft die Bahn zur Erstärkung des Bundes und seiner politischen Bedeutung betreten wurde, hat sich das innige Band des Zutrauens und der Zuversicht für das in verstüngter Kraft erblühende Österreich entfaltet.

Wer den Gedanken an diese das Ansehen und die Geltung des Kaiserstaates kräftigenden Vorgänge mit Freude begrüßt, der wird mächtig ergriffen von dem Gefühl des Dankes für den erlauchten Herrscher. Lassen Sie uns daher Österreich Ehren feiern mit dem Ausdrucke der Begei-

sterung für seinen erlauchten Regenten. Hoch lebe unser allergnädigster Herr und Kaiser! Hoch!

Die Mitglieder erheben sich von ihren Sitzen und bringen ein dreimaliges begeistertes Hoch aus.

Es werden die neuerer Zeit ernannten Herrenhausmitglieder in einer Zuschrift des Staatsministeriums namhaft gemacht und mehrere Abwesenheiten entschuldigt.

Mehrere Vorlagen der Ministerien der Finanzen und der Marine, so wie andere Zusendungen werden angezeigt, ebenso einige Petitionen industrieller Corporationen und des Grazer Turnvereins.

An der Tagesordnung sind die Berathungen über die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses, die Abänderung des §. 7 der Notariatsordnung vom 21. Mai 1855 und die Aufhebung des in einzelnen Königreichen und Ländern bestehenden politischen Ehekonsenses betreffend.

Fürst Karl Jablonowski als Berichterstatter über die Aufhebung des politischen Ehekonsenses. In Übereinstimmung mit dem anderen Hause erkennt die Kommission die Kompetenz des engeren Reichsrathes in dieser Angelegenheit an und auch in meritorischer Beziehung die Wichtigkeit der Gründe, welche in abstracto für die Aufhebung sprechen. Nichtsdestoweniger darf die faktische Verschiedenheit der bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen in den einzelnen Ländern nicht unberücksichtigt bleiben.

Die Kommission beantragt:

„Der von dem Hause der Abgeordneten mitgeteilte Gesetzentwurf sei dermal abzulehnen, jedoch die Regierung zu ersuchen, die Landtage derjenigen Länder, in welchen die Abschaffung von Ehen an die Einhaltung eines politischen Ehekonsenses gebunden ist, in ihrer nächsten Session um ihr Gutachten zu vernehmen, ob und welche Hindernisse der Aufhebung dieser Beschränkung im Wege stehen oder welche Vorsichtsmaßregeln hiebei erforderlich seien, und sohin die weiteren geeigneten Einleitungen zu treffen.“

Der Staatsminister bemerkt, daß der betreffende Antrag aus der Initiative des Hauses der Abgeordneten veranlaßt durch eine Petition des Wiener Gemeinderathes hervorgegangen sei. Die Notwendigkeit des Ehekonsenses wurzle in dem ehemaligen Hörigkeitsverhältnis. Nachdem die Verhältnisse der Unterthanen neuerer Zeit anders geregelt worden, sei auffälliger Weise vielfach um Verschärfung des bezüglichen Verfahrens bei Ehekonsensen nachgesucht worden. Die Regierung habe in Folge dessen verschiedene Normen festgesetzt.

Diese Normen — welche Se. Exzellenz dem Wortlaut nach mittheilt — haben im Laufe der Zeit Milderung erfahren. Die Regierung wollte bei Verleihung von Ehekonsensen die Rechte der Gemeinde schützen und nur, wenn diese Einsprache erhob, trat, wenn auch ungemein selten, ein Verbot seitens der politischen Behörden ein. Nichtsdestoweniger hat sich die Regierung nicht verhehlt, daß das Institut des politischen Ehekonsenses, namentlich in Tirol, Salzburg, Oberösterreich, warm befürwortet wird. Die Regierung verhartet daher auf jenem Standpunkt, den auch der Herr Verwaltungsmiester im Abgeordnetenhaus auseinanderge setzt.

Der Antrag der Kommission wird von dem Hause ohne Debatte fast einstimmig (Graf Anton Auersperg erhebt sich nicht) angenommen.

Freiherr v. Lichtenfels, als Berichterstatter, verliest folgenden Kommissionsantrag:

„Das hohe Haus wolle beschließen, der von dem Hause der Abgeordneten mitgeteilte Gesetzentwurf in Betreff der Abänderung des §. 7 der Notariatsordnung vom 21. Mai 1855 sei anzunehmen und vie von der Regierung zur Erwirkung der Allerhöchsten Sanktion in Kenntnis zu setzen.“

Die Kommission erblickt bei dem gegenwärtigen Stand der Gesetzgebung keinen Grund, zur Befähigung für das Notariat auf dem Erfordernisse des Bekennnisses zur christlichen Religion zu bestehen. Die Bürgschaft für Rechtlichkeit, Unbescholtenheit und Ehrenhaftigkeit des Charakters ist nicht ausschließlich im Religionsbekennnis zu suchen.

(Schluß folgt.)

24. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 13. Oktober.

(Schluß.)

Ryger stellt und begründet nun zu §. 8 Amendement: Gegen die verweigerte Aufnahme findet die Berufung an die politische Behörde statt. — Der zweite Absatz hätte wegzubleiben. (Wird nicht unterstützt.)

Frh. v. Tinti meint, man werde nur dann zu einem Beschlusse gelangen, wenn man sich über das Prinzip geeinigt hat. Er beantragt daher folgende Resolution: Das Haus erkennt die Nothwendigkeit, daß unter gewissen Bedingungen, namentlich mit Rücksicht auf einen längeren Aufenthalt in der Gemeinde ein gesetzlicher Anspruch auf Erwerbung des Heimatrechtes begründet werde und weist den Paragraph an den Ausschuß zurück, mit dem Auftrage, unter Zugrundelegung dieses Prinzips und mit Berücksichtigung der eingebrachten Amendements einen formulierten Antrag an das Haus zu bringen. (Unterstützt.) Für den Fall, als dieser Antrag fallen sollte, ziehe er die leghin gestellten Amendements zu dem Antrag Poche zurück, weil es sich dann nur mehr um Rettung des Prinzips handle, vor welchem alle Detailldifferenzen schwinden müssen.

Frh. v. Poche entwickelt nochmals die Wichtigkeit eines Rechtes auf Erlangung der Heimatsangehörigkeit. Die Scheu vor dem Aufsichtsrecht des Staates begreife er nicht; haben denn die Gemeinden nicht Vertretungen und freie Presse und alle Wege, die dem Staatsbürger offen stehen? Und welches Interesse hätten die Behörden, den Gemeinden Fremde aufzudrängen? Nebrigens haben ja die großen Gemeinden, Wien an der Spitze, in den von ihnen entworfenen Gemeindeordnungen den Grundsatz aufgestellt, daß es ein Recht zur Aufnahme in den Gemeinden gibt.

Kaifer behandelt die Frage nicht von dem Gesichtspunkte des Widerstreites der Gemeindeautonomie mit dem Rechte des Individiums, sondern vom Standpunkte der praktischen Gerechtigkeit. Nicht Gemeinde und Individuum habe er im Auge, sondern das Verhältniß der Gemeinden untereinander und vom Standpunkte des Interesses der Landgemeinden spreche er sich für den Antrag des Frh. v. Poche mit dem Amendement des Frh. v. Pratobevera aus, wonach der Rekurs nicht an die Staatsbehörden, sondern an die nächst höhere Vertretung zu gehen habe. Er finde, daß es nur billig sei, wenn jene Gemeinde die Last der Armenversorgung trage, in welcher das Individuum lange gelebt und gewirkt hat und er meint, daß die Annahme dieses Grundsatzes nicht zum Nachtheile, sondern zum Vortheile der Landgemeinden gereichen würde.

Waidele bedauert, daß Artikel 3 des Gesetzes über die Organisation der Gemeinden der Durchführung des Amendements Poche entgegenstehe und er beweist dies aus dem Wortlaut und dem Zusammenhang des Gesetzes. Er beantragt folgendes Amendement: „Der in einer Gemeinde nach erlangter Eigenberechtigung seit wenigstens 10 Jahren fortgesetzte, selbstständige und durch keine Verweigerung wegen unordentlichen Lebenswandels oder wegen Belästigung der öffentlichen Mildthätigkeit unterbrochene Aufenthalt gilt als stillschweigende Erwerbung des Heimatrechtes, wenn die Ausfertigung des Heimat-scheines begehrt werde.“ (Wird nicht unterstützt.)

Mende erklärt sich unter näherer Ausführung der praktischen Gründe, welche ihn hiebei leiten, gegen jede Verfügung, welche eine Errichtung der Heimatrechtigung involviert.

Nachdem noch Stieger ein in der Nede Poche's vereinzelt vorgekommenes Argument berichtet und Poche dagegen repliziert hat, ergreift Rechbauer das Wort, um den prinzipiellen Unterschied zwischen seinem in der letzten Sitzung gestellten Antrage und jenem des Frh. v. Poche hervorzuheben. Nach dem Antrage Poche solle unter gewissen Bedingungen das Recht eingeräumt sein, um das Heimatrecht bei der Gemeinde anzusuchen, was nothwendig zu einem Rekursrecht führen werde; nach seinem (Redners) Antrage aber solle die Erwerbung des Heimatrechtes ipso facto erfolgen, ohne daß es einer Bewilligung bedürfe. Die richtige Auschauung von der Autonomie der Gemeinde liege darin, daß keine äußere Gewalt in ihr Bestimmungsrecht eingreife, womit es aber ganz vereinbar ist, daß eine schon im Gesetze selbst enthaltene Bestimmung beachtet werden muß. Nebrigens akkomodire er sich in so ferne, daß er nun

auch seinerseits einen 10jährigen Aufenthalt als Bedingung stelle.

Minister v. Lasser hält für den mit der Regierungsvorlage übereinstimmenden Ausschus-Antrag eine längere, vom Hause mit lebhaftem Beifall aufgenommene Rede, aus welcher wir nur die leitenden Ideen hervorheben können. Redner bemerkt vor Allem, einige Vorredner berichtigend, daß bis zum Jahre 1849 nicht der 10jährige Aufenthalt allein, sondern der passlose Aufenthalt es war, welcher die eigentliche Grundlage zur Erwerbung des Heimatrechtes gab. Es war diese Bestimmung ein Kompromiß für die Gemeinden, die Fremdenpolizei zu üben und man ging von der Ansicht aus, daß derjenige, welcher mit Reisedokumenten versehen ist, nicht die Absicht habe, an dem Orte seines zeitweiligen Aufenthaltes Heimatrechte zu erwerben. Ahnliche Bestimmung kennt das Gesetz von 1849 und wurden über Verlangen der zugezogenen Vertrauensmänner auch bei Verfassung der besonderen Statute für die Landeshauptstädte aufgenommen. Die Regierung ging aber in der Respektirung der Gemeindeautonomie so weit, daß sie den Satz aufstellte, Niemand könne in Oesterreich die Staatsbürgerschaft erwerben, dem nicht schon die Aufnahme in eine Gemeinde zugesichert sei. Die Durchführung der Gesetze von 1849 und 1859 zeigte, daß die Gemeinden durchaus nicht so arg sind, als man sie sich vorstellt und die vorgekommenen Verhüfungen müßten durchwegs zu Gunsten der Gemeinden entschieden werden. Die Regierung befindet sich bei der sie leitenden Tendenz, wornach gegenüber der selbstständigen Verfügung der Gemeinden kein Rekurs zulässig sein solle, ganz im Einklange mit den Annahmen, welche im Hause maßgebend waren, als die Grundlage der Gemeindeordnungen ausgearbeitet wurden; er beweist dies aus dem Wortlaut, wie aus dem Zusammenhange des damaligen Elaborates. Zu der Frage übergehend, ob es zweckmäßig wäre, diesfalls eine Änderung einzutreten zu lassen, verneint er dieselbe auf das Entschiedenste und findet die gemachten Erfahrungen nicht von der Art, daß von den Gemeinden ein Missbrauch des ihnen einzuräumenden Rechtes zu besorgen wäre. Redner vertheidigt sich gegen den Vorwurf einer Illiberalität und erinnert an seine Haltung bei den Berathungen des Gemeindegesetzes, wo er es war, der die Rechte des Individiums gegenüber der Gemeinde in Schutz nahm; er entwickelt ferner die Gründe, weshalb es ihm nicht nothwendig scheine, hier dem Individuum gegenüber der Gemeinde einen noch weiter gehenden Schutz zu gewähren, da es ja ohne Rücksicht auf die Heimatsangehörigkeit das Recht der Freizügigkeit, der Niederlassung, des Besitzes, des Gewerbsbetriebes und der Wahl zu den Vertretungskörpern habe — während für das Wohl der Fabrikarbeiter durch andere Mittel zu sorgen sein werde.

Die Frage des Rekurses besprechend, erklärt der Minister, daß ein Rekurs, wenn er zugelassen wird, nur an die Staatsbehörde, nicht aber an einen Vertretungskörper gehen könne. Ob das Hause im Sinne einer größeren Autonomie der Gemeinden oder einer größeren Beschränkung entscheide, werde über das Schicksal des Gesetzes nicht entscheiden, aber daß ein Rekurs nur an die Staatsbehörde zu gehen habe, der ja allein auch die Mittel der Exekutive zu Gebote stehen, das betrachte er als eine essentielle Bestimmung.

Berichterstatter Dr. Berger erklärt, es erübrige ihm, nachdem der Herr Verwaltungsmüller den §. 8 in eben so gründlicher als vollkommener Weise vertheidigt hätte, nicht viel mehr zu sagen. Er wendet sich nur mehr gegen den Antrag des Abg. Tinti und sucht die Unzweckmäßigkeit desselben nachzuweisen. Er schließt damit, daß er dem Hause die Annahme des §. 8 nach der Fassung des Ausschusses empfiehlt.

Bei der Abstimmung fallen sämtliche Abänderungs- und Zusatzanträge und wird der Ausschus-Antrag unverändert angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

Oesterreich.

Wien. Ihre Majestäten der Kaiser Ferdinand und die Kaiserin Maria Anna haben, wie die „Kraf. Ztg.“ hört, zur Wiederherstellung der durch den Brand zerstörten Kirche zu Wisnicz eine Unterstützung von 500 fl. zu bewilligen geruht.

— Ihre kais. Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Sophie haben zur Unterstützung der abgebrannten Gemeinde Halisch einen Betrag von 200 fl. dem königlich ungarischen Hofkanzler gnädigst übersendet.

Wien. Die „Europe“ soll die Summe der Auleihe, welche der Herr Finanzminister von Plener aufnehmen will, mit 100 Millionen Gulden ganz richtig angegeben haben. Doch soll diese Auleihe nicht durch eine einzige Operation aufgebracht werden, vielmehr heißt es, Herr von Plener werde zwei gesonderte Operationen beantragen. Die erste soll in

der Größnung einer Subskription auf die 30 Millionen Gulden-Auleihe für Ungarn bestehen, die zweite 70 Millionen Gulden betragen; jene würde alsbald, diese erst später zur Durchführung gelangen.

— Eine interessante Mittheilung entnehmen wir einem Frankfurter Briefe der „Kreuzzeitung.“ Demselben zufolge hat König Georg von Hannover in der vierten Sitzung der Fürstenkonferenz den Antrag gestellt, daß nicht von Oesterreich und Preußen, sondern von Ersterm allein die Einladungen zu den im Reformprojekte vorgeschlagenen periodischen Fürstenversammlungen auszugehen haben, so wie, heißt es im Protokolle, „auf allerhöchsten Ruf auch jetzt die deutschen Fürsten sich freudig zu gemeinsamer Berathung eingefunden hätten.“ Se. Majestät der Kaiser sprach sich gegen diesen Antrag aus, der auch bekanntlich abgelehnt wurde; hingegen bemerkte der Kaiser in einer späteren Sitzung, daß er durch eine gemeinschaftliche Einladung dem Präsidialrecht Oesterreichs nichts vergeben wissen wolle.

Klagenfurt, 15. Oktober. Die Jubelfeier der Völkerschlacht bei Leipzig wird hier durch einen Akt der Humanität begangen werden. Der Gemeinderath hat nämlich beschlossen, sämtliche bedürftige Veteranen aus den Befreiungskriegen aus diesem Anlaß mit einem ansehnlichen Geldbetrage zu betheilen. — Die hiesige Schützen-Gesellschaft feiert die denkwürdigen Tage durch ein großes Festmessen.

Triest, 12. Oktober. Nach dem „Diavolotto“ hat sich der Staatsminister gegen die „Motivierung“ Skene's in der Freihafen-Frage ausgesprochen. — Wie man vernimmt, wurde dem Fürsterzbischofe von Görz, Andreas Gollmayr, die geheime Rathswürde verlieben.

Graz, 15. Oktober. Der vertraulichen Besprechung der steierischen Landtags-Abgeordneten, welche am verflossenen Sonntag im Musikvereinsaal stattgefunden, ist am 25. September eine Unterredung mehrerer Abgeordneten beim Reichsrath Dr. Rechbauer vorangegangen. Dort wurden die Grundzüge des von uns bereits mitgetheilten Programms in der deutschen Frage entworfen und wurde der Beschluss gefasst, die steierischen Landtags-Abgeordneten zur Theilnahme an der Versammlung vom 11. aufzufordern. Au dieser nahmen fünfzehn Abgeordnete Theil und traten dem am 25. September aufgestellten Programm nach einer geringen Modifizierung desselben bei. Acht andere Mitglieder des steierm. Landtages haben diesem Programm bereits ihre Zustimmung auf schriftlichem Wege gegeben. In der vertraulichen Besprechung vom 11. wurde zugleich beschlossen, bei einer nächsten Zusammenkunft, welche längstens bis zum 1. November abzuhalten wäre, die Detailbestimmungen des bekannten Programms, namentlich in Bezug auf den Modus der Wahl der Abgeordneten für die künftige deutsche National-Berathung und deren gesetzgebende Befugnisse in Berathung zu nehmen. (Epst.)

Lemberg, 9. Oktober. Die „Kraf. Kronika“ veröffentlicht eine Verordnung der galizischen Finanz-Landes-Direktion, in welcher die Thatsache konstatiert wird, daß die Abgaben, zumal von den Großgrundbesitzern, im letzten Steuer-Termine äußerst lässig entrichtet werden. Diese schlechten finanziellen Resultate seien eben um so auffallender, als es nicht unbekannt sei, daß namentlich die Großgrundbesitzer mit bedeutsamen Beiträgen die Revolution im Nachbarslande unterstützten. Man werde umso weniger Schonung üben, als die Berichte, welche allsorten einsließen, eine vortreffliche Ernte konstatiren.

Ausland.

In Frankfurt a. M. fand am Donnerstag die Grundsteinlegung zum Schillerdenkmal statt. Schon während der vorhergehenden Tage hatte der Schillerplatz einen Anziehungspunkt für viele, ja fast alle Vorübergehenden geboten, welche die herrlichen zum Postament bestimmten Sthenitblöcke mit Bewunderung betrachteten. In Gegenwart einer Senatsdeputation fand in die Höhlung des Grundsteins eine Anzahl werthvoller Dokumente, neue Münzen des verschiedensten Werthes, einige Flaschen Wein und drei Kapselfen mit Weizen, Hafer und Korn gelegt worden. Unter den Dokumenten befindet sich auch ein Exemplar des Albums, das den deutschen Fürsten bei dem Bankett am 17. August im Kaisersaal überreicht wurde, sowie eine Photographie sämtlicher bei dem Fürstentag anwesenden deutschen Regenten und Vertreter der vier freien Städte.

Frankfurt, 13. Okt., Abends. Die „Europe“ veröffentlicht einen dritten Artikel über die in der polnischen Frage schwedenden Unterhandlungen. Der Gang der Verhandlungen seit Monatsfrist sei schwierig und erfolglos gewesen. Auf den Russell'schen Vorschlag einer identischen Note der drei Mächte an Russland (Aberkennung der vertragsmäßigen Rechte) über-

*) Was geschieht in Laibach?

gehend, bestätigt die „Europe“ die Genauigkeit ihrer hierüber bereits gemachten Mittheilungen, und theilt mit, daß das Wiener Kabinet bereits unterm 3. d. Lord John Russell in einer Depesche geantwortet hat, worin die Gründe auseinandergesetzt werden, welche Oesterreich ein Eingehen auf den englischen Vorschlag nicht gestatten. Das Wiener Kabinet stelle bei dieser Gelegenheit an jenes von Saint James auch das dringende Erfuchen, endlich einmal gerade heraus zu erklären, was es in der polnischen Frage eigentlich für Ziele verfolge, ob es den Frieden um jeden Preis wolle, oder Krieg zu führen geneigt sei, wenn dieser unglücklicherweise nothwendig werden sollte?

Drouin de Chrys habe den Russellschen Vorschlag im ersten Augenblicke nicht sonderlich günstig aufgenommen. Was in englischen Blättern über den zu Anfang dieses Monats gleichzeitig erfolgten Abgang identischer Noten der westmächtlichen Kabinete nach Petersburg erzählt würde, ist nach der „Europe“ ganz unbegründet. Es sei nicht einmal sicher, daß der Chef des Foreign Office an Lord Napier eine Depesche des Inhalts abgehen ließ, wie er sie Oesterreich und Frankreich vorgeschlagen hatte. Die „Europe“ schließt mit der Versicherung, daß binnen wenigen Tagen die Berathungen über Polen in die Phase der Entscheidung treten werden.

Aus Rom schreibt man der „G. C.“ unterm 5. d. M.: Durch alle Kreise unserer Stadt geht gegenwärtig ein Zug freudiger Erwartung. Was lange nur ein unbestimmtes Gerücht war, ist neuestens fast zur bestimmten Thatsache geworden, daß hier schon in nächster Zukunft eine großartige Ovation für den h. Vater erfolgen werde, welche den Charakter eines europäischen Protestes gegen die unablässigen und maslosen Angriffe, die das Oberhaupt der katholischen Kirche von den Revolutionären aller Länder fort und fort zu erdulden hat, tragen dürfte. Es sollen, wie es heißt, aus Frankreich, Belgien, Spanien, Deutschland — kurz aus ganz Europa — unzählige, den höchsten, edelsten und einflussreichsten Familien angehörige Persönlichkeiten sich für den nahenden Spätherbst eine Art Stelldeich in unserer ewigen Stadt gegeben haben, um hier sich laut, offen und entschieden im Sinne der weisen Intentionen des Papstes feierlich auszusprechen — mit einem Worte: Der Katholizismus von ganz Europa wird sich bald um den Pontifex schaaren und ihm in einer glänzenden Huldigungseier von neuem den Eid der unverbrüchlichsten Treue zu Fußen legen. Ich muß noch hinzufügen, daß man für diesen Zeitpunkt hier allgemein — ob mit Recht oder Unrecht läßt sich jedoch nicht entscheiden — auch auf die Anwesenheit der Kaiserin von Frankreich und des Herrn Erzherzogs Max mit Bestimmtheit rechnet.

Auf der Eisenbahnstrecke zwischen Barcelona und Granollers hat eine furchtbare Katastrophe stattgefunden. Ein aus Frankreich kommender, aus neun Waggons bestehender Train hat die durch starke Regengüsse unterwasshene Brücke über ein Wildwasser durchbrochen. Die Lokomotive und sieben Waggons stürzten in den Strom. Viele Leichen sind bereits aus dem Wasser gezogen worden. Andere Opfer werden noch vermisst. Zahlreiche Verwundungen sind ebenfalls vorgekommen.

Nach Mittheilungen aus Warschau soll General Berg in Folge einer Differenz mit dem General Korff nach Petersburg abgereist sein. Weiter berichtet wird, soll sowohl nach Kurland, Livland und Lithuania zur Besetzung der Grenze an der Ostsee, als auch nach Kongreßpolen zur Besetzung der Grenze gegen Galizien viel russisches Militär im Annmarsche sein. Zu letzterem Zwecke sollen täglich 2000 Mann Warschau passieren.

Aus Corsu, 6. Oktober, wird geschrieben: Samstag Mittags begab sich der Lord Ober-Kommissär der ionischen Inseln in großer Gala in's Parlament, um dort die Mittheilung zu machen, daß Ihre Majestät die Königin Viktoria in Folge wiederholter Bitten der hiesigen Bevölkerung sich entschlossen habe, die ionischen Inseln an Griechenland abzutreten, sobald legeres den König Georgios I., Prinzen von Dänemark, zum Souverän haben würde. Hieran seien jedoch die Bedingungen geknüpft, daß die gegenwärtigen Pensionen fortgezahlt, daß die Kirchhöfe aller Bekanntschaften geachtet, und daß die ionischen Inseln jährlich 10.000 Pfund Sterling zur Ziviliste des neuen Königs beitragen würden. Was die 90.000 Pfund Sterling anbelange, welche die ionischen Inseln noch der englischen Regierung für die Garnison schulden, so schenke Ihre Majestät die Königin diese Summe den Inseln. — Gestern Mittags begaben sich alle Parlaments-Mitglieder, der griechische Erzbischof mit seinem Clerus und eine große Masse Volks mit griechischen Fahnen in Prozession nach dem Regierungs-Palast, um dort ihre Zustimmung zur Vereinigung mit Griechenland abzugeben. — Für drei Tage werden jetzt alle öffentlichen Amter geschlossen sein und eine Beleuchtung der Stadt stattfinden, und

zwar am ersten Tage zu Ehren der Union, am zweiten zu Ehren der Königin Viktoria und am dritten zu Ehren der Schutzmächte Griechenlands. — Der englische Admiral Nelson ist nach Toulon abgesegelt, um den neuen König bis zum Piräus zu begleiten. — Wegen der Festungswerke in Corfu ist noch nichts entschieden; jedenfalls aber bleibt die englische Garnison bis zum Frühjahr hier.

Der Sultan schlafst in letzter Zeit nicht mehr in seinem Palaste, sondern, wie sich der „Osserv. Triest.“ aus Konstantinopel unterm 3. d. M. schreiben läßt, am Bord einer in der Nähe des Palastes vor Auker liegenden Fregatte. Die Umtriebe der alttürkischen, gegen das herrschende Regierungssystem erbürteten Partei hätten ihn hiezu veranlaßt. Derselbe Korrespondent erzählt, daß der Sultan seine hölzernen Paläste, von denen mehrere in letzter Zeit durch Feuersbrünste vernichtet worden sind, demoliren und aus Stein neue aufführen lasse.

New-York, 25. September. Ohne alle vorherige Ankündigung konzentriert sich plötzlich eine russische Flotte von drei mächtigen Dampfsregatten, zwei Fregatten und drei Klipper-Schiffen, die zusammen gegen 300 Geschütze führen, im Hafen von New-York. Der Anlaß, der sie herbeigeführt hat, schreibt man der „Allg. Zeit.“ ist wohl damit vorbei, daß der „Nationalitäten-Befreier“ seine Hand von Polen abgezogen hat. (?) Aber ihre Ankunft zeigt, wie rasch Frankreich, wenn es einen Krieg mit Russland beginnen hätte, an einer sehr empfindlichen Stelle hätte getroffen werden können. Binnen zehn Tagen, vom Eintreffen der Nachricht an, hätte die russische Flotte vor Vera-Cruz sein, und dort die Klappe hinter Forey zuschließen können. Das würde ein Hauptgaudium sein, wenn Forey, abgeschnitten von seiner Verbindung mit Frankreich, bei dem von ihm „befreiten“ Volk eingesperrt worden wäre. Wie dann wohl das Suffrage universel gesprochen haben würde!

Tagesbericht.

Laibach, 16. Oktober.

Vor einiger Zeit gingen uns Berichte über eine neu entdeckte Grotte im Bezirk Treffen zu. Auf Grund behördlicher Nachforschung theilen wir folgendes mit: Die Grotte befindet sich im fürstlich Auersperg'schen Walde ostri verh, eine halbe Stunde von der Ortschaft Hall entfernt. Dort ist auf einer steinigen, sich steil abbachenden Fläche ein Loch von $1\frac{1}{2}$ Klafter im Durchmesser, durch welches man mit einer 10 Klafter langen Leiter in die Grotte gelangt. Diese ist 60 Klafter weit, 12 Klafter hoch und 10 Klafter breit und hat an der Wölbung viele Tropfsteingebilde. In der Mitte der Grotte sind mehrere menschliche Schädel und Gebeine, oft $\frac{1}{2}$ Schnell dick mit Tropfstein überzogen, woraus man schließen kann, daß diese Gebeine mehrere hundert Jahre hier gelegen sein dürften. Es wird vermutet, daß vor langer Zeit irgend eine Religionssecte hier ihren Begräbnissplatz gehabt habe. Am südöstlichen Ende der Grotte bemerkte man einen schmalen, jetzt fast ganz von Tropfstein geschlossenen Gang, der einst vielleicht den Zugang zur Grotte gebildet hat, jetzt aber nicht mehr zu passiren ist. Die Existenz der Grotte war schon seit Jahren bekannt, doch wurde sie erst jetzt durchsucht.

Gestern fand eine Jagd am Pimberge statt, welcher auch Se. Kais. Hoheit der Herr Erzherzog Ernst bewohnten.

Über die gefrige Feuersbrunst in Draule gehen uns noch folgende Angaben zu: Das Feuer brach im Hause des Ortsrichters aus und legte in der kürzesten Zeit 15 Wohnhäuser nebst den dazu gehörigen Wirtschaftsgebäuden und 13 Harzen in Asche. Die Entstehungsursache ist unbekannt. Nur der schleunigen Beistellung der städtischen Löschbrigaden und thatkraftigen Hilfeleistung von Seite der Laibacher (die Namen Aller zu nennen, welche sich beim Löschchen Anerkennung erwarben, gestattet uns der Raum nicht) ist es zu verdanken, daß trotz der ungünstigen Windesrichtung ein großer Theil des Dorfes gerettet worden ist.

Der Gesammschade dürfte sich, da die Scheuern voll Getreide waren, auf mehr als 20 Tausend Gulden belaufen.

Vorigen Sonntag ereignete es sich, daß einem Knaben, welcher auf den zu dem Baue der neuen Brücke bestimmten Steinen herumsprang, ein solcher kolossal Stein auf den Untertheil des Körpers fiel, so daß er von den Vorübergehenden aus dieser furchtbaren Klemme befreit werden mußte. Der Knabe trug bedeutende Quetschungen davon.

Der Redakteur des französischen Blattes „Memorial Diplomatique“, Herr Ritter Debrau, von Salapenna, welcher bekanntlich als freiwilliger Cicerone die mexikanische Deputation nach Miramar begleitete, ist — ein Krainer. Er wurde

in Triest von krainischen Eltern geboren, besuchte in Laibach das Gymnasium (einige Lehrer erinnern sich seiner noch recht gut) studirte dann in Graz die Rechte und ging bierauf nach Frankreich, wo er „durch seinen hellen Kopf“ Glück hatte, wie „M.“ sagt, Ansehen und Vermögen gewann, so daß er sogar vom Kaiser Napoleon zu allerlei politischen Geschäften benutzt wird. Er heißt eigentlich Alois Debravec; den Beinamen Salapenna (bezahlt Feder) hat er sich später erungen.

Vor einigen Tagen soll bei Steinbrück ein italienischer Arbeiter aus dem Garten eines Bahnwächters Nachts mehrere Krautköpfe gestohlen haben. Gerade als der Zug heranbrauste, wollte er mit seiner Beute über die Bahn eilen. Der Unglückliche fiel über die Schienen, der Zug ging über ihn und unter den herumkollernden Krautköpfen lag auch der vom Kumpfe getrennte Kopf des Krautdiebes.

Die Glockensignale werden endlich mit Ende dieses Monats auf der ganzen Strecke von Wien bis Triest vollendet und in Anwendung gebracht.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Wien, 15. Oktober. Der Finanzausschuß hat entschieden, dem Abgeordnetenhaus die Kürzung des Marinebudgets um 2 Millionen vorzuschlagen.

Verona, 14. Oktober. (Telegr. des „Osserv. Triest.“) Heute um 5 Uhr Nachm. ist der Redakteur des „Giornale di Verona“, Ritter Prego, nach einer sehr kurzen Krankheit gestorben.

Berlin, 14. Oktober. Die „Kreuzzeitung“ schreibt: Die heutige Konstituierung, wegen welcher der König beschleunigt zurückgekehrt ist, dürfte lediglich durch auswärtige Angelegenheiten veranlaßt worden sein.

Die „Norddeutsche Zeitung“ bringt den Wortlaut der Antwort des Königs auf eine Eingabe der Dorfgemeinde Steingrund, datirt Baden, 8. Oktober. Darin heißt es unter Anderm: Wenn die Gemeinde bei den Wahlen mir Treue bekunden will, so kann dies nur durch die Wahl solcher Männer geschehen, welche den festen Willen haben meine Minister in der Durchführung der ihnen übertragenen Aufgabe zu unterstützen. Ein feindliches Verhalten gegen meine Regierung läßt sich mit der Treue gegen meine Person nicht vereinigen, denn die Minister sind durch mein Vertrauen in ihre Stellungen berufen. Das Werk, dessen Durchführung ich Ihnen vor Allem aufgetragen habe, ist die Feststellung der Heereseinrichtungen, welche ich für die Sicherheit des Vaterlandes und die Erleichterung des Dienstes der älteren Wehrmänner nützlich und gerecht erkannt habe. Sobald dieses Ziel erreicht ist, wird der Friede im Lande sich neu und dauernd begründen und die Ausführung meiner Absichten für die weitere gedeihliche Entwicklung der Gesetzgebung auf dem Boden der Verfassung gesichert.

Paris, 14. Oktober. Der Staatsminister Billault ist gestorben.

Der heutige „Moniteur“ meldet: Fürst Latour d'Uvergne ist zum Botschafter in London, Graf Sartiges zum Botschafter in Rom, Baron Malaret zum Gesandten in Turin, Ferrieres-Levayer zum Gesandten in Brüssel, Graf Neiset zum Gesandten in Hannover und Bicomte d'Astorg zum Gesandten in Darmstadt ernannt. — Ein Schreiben des Kaisers dankt dem Baron Gros für seine Hingabe, indem er durch Übernahme des Postens in London den Augenblick seines Rücktritts vertagt hat. „Heute“, sagt der Kaiser in dem Schreiben, „gestatten mir die Umstände, Sie von diesem Posten zu entheben.“

Der „Moniteur“ konstatiert, daß der Tod Billaults ein ungeheuerer Verlust für Frankreich sei.

New-York, 6. Oktober. Die Demonstrationen für die Russen dauern fort; sie wurden eingeladen, Baltimore und Boston zu besuchen. Die Unruhen auf Domingo sind andauernd, Santiago de Caballeros ist verbrannt.

Die Journale der Südstaaten läugnen das Gerücht, daß die Verbindung mit Rosencranz unterbrochen sei. Beide Armeen besetzen die Stellung von Chattanooga. General Rosencranz hat bedeckende Verstärkungen erhalten und seine Linien vor Chattanooga aufgestellt. Die Rosencranz'schen Arriergarden haben zahlreiche Scharmütze zu bestehen. Die Konsöderirten sind bemüht, die Verbindung zwischen Nashville und Chattanooga zu unterbrechen.

Theater.

Heute, Freitag: Geschlossen.

Morgen, Samstag: (Wegen Krankheit mehrerer Mitglieder): „Die Eine weint, die Andere lacht.“ Schauspiel, nach dem Französischen.

Anhang zur Laibacher Zeitung.

Börsenbericht. Wien 14. Oktober (Wr. Itg. Abtl. Mittags 1½ Uhr.) 1860er Lose gegen gestern um einige Zehntel besser bezahlt, und auch die übrigen Staatspapiere fester. Staatsbahnen-Aktien gefragt, und um 2 fl. pr. Stück höher. Auch Pardubitzer- und galizische Karl Ludwig-Bahn-Aktien zu besseren Preisen umgesetzt. Kredit-Aktien verloren wieder den gewonnenen Vorsprung, und Nordbahn-Aktien billiger ausgeboten. Wechsel auf fremde Plätze und Goldsorten ohne Aenderung, nach Silber jedoch anhaltender Begr. Geld sehr flüssig.

Öffentliche Schuld.

A. des Staates (für 100 fl.)	Geld	Ware	Geld	Ware
5% Anteile v. 1861 mit Rückz. detto ohne Abschnitt 1862	71.75	71.85	5 "	90.25
National-Anleben mit Jänner-Coupons	96.25	96.50	5 "	87. -
National-Anleben mit April-Coupons	95.25	95.50	5 "	89. -
Metalloiques	75.50	75.60	5 "	88.50
dette mit Mai-Coup.	75.50	75.70	5 "	75.75
mit Verlösung v. Jahre 1859	158.50	159	5 "	76.25
1854	93.50	94	5 "	74.30
" 1860 zu 500 fl.	98.10	98.20	5 "	74.65
" zu 100 fl.	98.40	98.50	5 "	74.40
Geme-Nentenf. zu 42 L. aust.	17.40	17.75	5 "	91.50
B. der Kronländer (für 100 fl.)			5 "	92.50
Grundentlastungs-Obligationen.			5 "	
Nieder-Oesterreich	86.75	87.25	5 "	

Effekten und Wechsel-Kurse an der k. k. öffentlichen Börse in Wien.

Den 15. Oktober 1863.

Effekten.	Wechsel.
5% Metalliques	75.70
5% Nat.-Nat.	81.50
Bankaktien	793
Kreditaktien	187.20

Lottoziehung vom 14. Oktober.	
Wien:	24 23 81 40 22.
Graz:	49 73 5 78 74.

Abgang der Mallepost von Laibach:

nach Villach; durch Oberkrain, Oberkärnten, bis Villach, dann Brixen, Salzburg, Tirol, Schweiz, Italien, Westdeutschland — täglich um 4 Uhr Nachmittags.
" Klagenfurt über Kraenburg, Neumarkt zc. — täglich früh 3½ Uhr.
" Neustadt, Seisenberg, Raffensfuß, Möttling und Tschernembl — täglich Abends 6 Uhr.
" Cilli, Carriolpost, über Podpeč, St. Oswald, Franz, St. Peter zc. — täglich früh 5 Uhr.
" Gottschee, Botenpost, über Großlaßitz, Reisnitz zc. — täglich früh 5 Uhr.
" Stein, Botenpost, über Mannsburg zc. — täglich Nachmittags 3 Uhr.

Ankunft der Mallepost in Laibach:

von Villach; von allen Postämtern bis Villach, bis Brixen, Salzburg, Tirol, Schweiz, Italien, Westdeutschland, Oberkrain, Oberkärnten, — täglich früh 7½—8 Uhr.
" Klagenfurt, Neumarkt, Kraenburg zc. — täglich Abends 9 Uhr 30 Min.
von Neustadt, Seisenberg, Raffensfuß, Möttling und Tschernembl — täglich früh 6 Uhr.
" Cilli (Carriolpost), Podpeč, St. Oswald, Franz, St. Peter zc. — täglich Nachm. halb 3 Uhr.
" Gottschee, Botenpost, Großlaßitz, Reisnitz zc. — täglich Nachm. 3—4 Uhr.
" Stein (Botenpost), Mannsburg — täglich früh 7 Uhr.
Anmerkung. Die Briefpost ist von 8 Uhr früh bis 7 Uhr Abends offen. Zwischen 7 und 8 früh werden die Zeistungen rückwärts ausgegeben. — Die Fahrtpost ist von 8 bis 12 Uhr Vormittags und von 2 bis 6 Uhr Abends geöffnet. Bei der Mallefahrt nach Villach werden unbeschränkt, bei jener nach Klagenfurt 11 u. nach Neustadt 7 Reisende aufgenommen. Freigepäck 30 Pf. 100 fl. wert. — Reklamen jeder Art wollen mündlich oder schriftlich bei der Amtsvorstellung angebracht werden. Bei Verspätungen der Posten und der Büge erfolgt die Ausgabe um so viel später.

Fremden-Anzeige.

Den 14. Oktober 1863.

Mr. Ritter v. Peche, Ontsbesitzer, von Prag. — Mr. Knaußl, k. k. Oberfinanzrat, von Graz. — Mr. Schwarz, Kaufmann, von München. — Mr. Brockmann, Kaufmann, von Niedorf. — Mr. Danzer, Hopfenhändler, von Sangerberg. — Mr. Langhammer, Agent, von Wien. — Mr. Gressier, von Agram. — Dr. v. Rosborn, Gewerksinhabersgattin, von Klagenfurt.

3. 2085.

Montag den 19. letzte Vorstellung.

Amerikanischer Circus.

Herrn Freitag den 16. Oktober 1863:

Außerordentliche Vorstellung in der höheren Reitkunst, Gymnastik und Pferdedressur.

Gleichzeitig gilt eine Wette von 50 fl. öst. W.

Es ist zwischen dem Besitzer des dressirten Stiers, Herrn Hempel und einem Laibacher Herrn eine Wette dahin abgeschlossen worden, daß, da letzterer, der Laibacher Herr, behauptet, der Stier DON JUAN sei nicht möglich von einem fremden Herrn vorgeführt zu werden, es dennoch durch 4 Lektionen von einem Herrn

Alexander Seeger aus Laibach, am Freitag Abends bei der Vorstellung im Circus geschehen wird.

Das Nähere die Anschlagzeitel.

Friedrich Belling, Direktor.

</